HEINRICH BÖLL STIFTUNG

iran-report

Nr. 05/2003

ایران ریپورت

I. Innenpolitik

Iran am Scheideweg – Volksbefragung zur Fortsetzung der Reformen realisierbar? / Zur Lage der Presse: Liberaler Journalist verhaftet, Protest gegen Verhaftung des Journalisten Zaidabadi / Wächterrat insistiert weiterhin auf die Befugnis, Kandidaten bei Parlamentswahlen ablehnen zu können / Schauspielerin wegen eines Kusses zu Peitschenschlägen verurteilt / Stipendium für einen Richter, dessen Urteile gegen die Presse zu Berühmtheit gelangt sind / Studenten protestieren gegen Aktivitäten der „Ordnungskomitees“ / Vorbeugemaßnahmen gegen SARS / Das Problem der Drogensucht

II. Wirtschaft

„Blume des Ostens“ - Auslandsinvestitionen auf der Insel Kish / Russland über das iranische Atomprogramm besorgt / Privatisierungspläne für iranische Flughäfen / Aufhebung des Verkaufsverbots von Grundstücken an Ausländer / Wirtschaftliche Folgen des Irak-Krieges / Weltbank gewährt Iran Kredit über 20 Millionen Dollar für Umweltprojekte - Luft und Wasser / Verkaufsverbot für Zigaretten an Teheraner Zeitungskiosken

III. Außenpolitik

USA werfen Iran Einmischung in Irak-Politik vor / Der kleine Deal im Schatten des großen Krieges / Kurdenführer Talebani antwortet auf den offenen Brief ehemaliger Mitglieder der Volksmodjahedin / Kontroverse Diskussionen über Beziehungen zu den USA / Französischer Außenminister in Teheran

Mit dem iran-report stellt die Heinrich-Böll-Stiftung der interessierten Öffentlichkeit eine Zusammenfassung ihrer kontinuierlichen Beobachtung relevanter Ereignisse in Iran zur Verfügung. Nach der von der Heinrich-Böll-Stiftung im April 2000 veranstalteten Berlin-Konferenz und verstärkt infolge der Anschläge am 11. September stellen die Entwicklungen in Iran und der Region einen zentralen Arbeitsschwerpunkt der Stiftung dar. Der iran-report erscheint monatlich (Nr. 06/2003 Anfang Juni) und wird einem breiteren InteressentInnenkreis aus Politik, Wissenschaft und Medien zur Verfügung gestellt.

Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin, im Mai 2003

Wenn Sie den iran-report abonnieren oder abbestellen wollen,
wenden Sie sich bitte an:
Heinrich-Böll-Stiftung
mfischer@boell.de
Fax: 030-285 34 - 494
Tel: 030-285 34 - 202

Impressum:

Hrsg.: Heinrich-Böll-Stiftung

Autor: Bahman Nirumand

Redaktion: Vera Lorenz

V.i.S.d.P.: Albert Eckert

Heinrich-Böll-Stiftung
Hackesche Höfe
Rosenthaler Str. 40/41
10178 Berlin
Tel: 030-285 34 – 0
Fax: 030-285 34 – 109
Email info@boell.de
www.boell.de

I. Innenpolitik

Iran am Scheideweg

Im Iran macht sich eine zunehmende Unruhe bereit. Der Irak-Krieg und der rasche militärische Sieg der Alliierten hat das Gefühl der Ungewissheit über die Zukunft des eigenen Landes erheblich verstärkt. Kaum jemand hegt noch die Hoffnung, dass die in die Sackgasse geratenen Reformversuche Präsident Chatamis doch noch einen Ausweg finden könnten. Die Blockadepolitik der Konservativen, die Willkür der Justiz und der Mangel an Durchsetzungsvermögen bei der Regierung Chatamis und der Reformfraktion im Parlament werfen bei vielen Politikern, Journalisten und Intellektuellen die grundsätzliche Frage auf, ob Reformen unter den gegebenen Umständen in der Islamischen Republik überhaupt möglich sind und ob man nicht endlich nach Auswegen und Alternativen suchen sollte, die außerhalb des Systems liegen. Manche Vordenker der Reformbewegung sehen den letzten Ausweg in einem Referendum. Das Volk solle über die Zukunft des Landes entscheiden und sich dazu äußern, ob es grundsätzliche Veränderungen des Systems wünscht.

Dieser Vorschlag mutet eher wie ein Wunschdenken an. Denn die Durchführung einer Volksbefragung wäre ohne die Zustimmung des Wächterrats und des Revolutionsführers, die dem konservativen Flügel angehören, nicht möglich. Und da die Konservativen wohl wissen, wie das Ergebnis eines Referendums aussehen würde, nämlich eindeutig zugunsten grundsätzlicher Reformen, würden sie niemals diesem Vorschlag zustimmen. Zwar erlaubt die Verfassung dem Parlament, eine Volksbefragung zu beschließen, doch wie jeder Beschluss bedürfte auch dieser der Zustimmung des Wächterrats. Damit wäre der Vorschlag von vornherein zum Scheitern verurteilt.

Angesichts dieser Lage haben einige Mitglieder des Parlaments bzw. führende Meinungsträger der Reformbewegung schon vor geraumer Zeit gedroht, im Falle der Fortsetzung der Blockade durch die Konservativen die Arena der Staatsmacht zu verlassen und außerhalb des Parlaments und der Staatsgewalt zu operieren. Eine Parlamentsmehrheit, die gewählt worden sei, um Reformen durchzuführen, sollte den Volksauftrag zurückgeben, wenn sie permanent daran gehindert werde, entsprechende Gesetze zu beschließen, argumentieren sie. Doch bisher hat noch kein Abgeordneter sich zu so einem radikalen Schritt entschließen können.

Nun wurde die Lage durch die Ereignisse im Nachbarland Irak wesentlich verschärft. Die USA machen keinen Hehl daraus, dass sie erst recht nach dem erfolgreichen Krieg gegen Irak alle Hebel in Bewegung setzen werden, um in Iran einschneidende Veränderungen, sogar einen Regimewechsel herbei zu führen. Zwar hat das Wohlverhalten Irans in den ersten Wochen des Irak-Krieges Washington vorübergehend verstummen lassen, doch die folgenden Ereignisse, die antiamerikanische Stimmung insbesondere bei irakischen Schiiten, die zum Teil die Gründung eines islamischen Staats nach iranischem Vorbild fordern und die Annahme, dass Iran bei der Erzeugung dieser Stimmung nicht ganz unbeteiligt gewesen sei, führten zu erneuten verbalen Attacken aus dem Weißen Haus und dem Pentagon. Die USA werden die Einmischung Irans in die Angelegenheiten Iraks nicht dulden, sagten Bush, Powell und Rumsfeld übereinstimmend. In Teheran wurden diese Drohungen ernst genommen. Sie haben erneut die Diskussion über das Verhältnis Irans zu den USA, die bereits vor Monaten die Gemüter beherrscht hatte, entfacht. Die Meinungen darüber, wie Teheran auf die Angriffe aus Washington reagieren sollte, sind sowohl bei den Reformern als auch bei den Konservativen geteilt. (s. S. 15 in diesem Bericht)

Einigkeit herrscht hingegen darüber, dass die Drohungen, gepaart mit der innenpolitischen Ausweglosigkeit, in der sich der islamische Staat befindet, eine ernste Gefahr für das gesamte System bedeuten könnten. Deshalb schlagen die moderateren Kräfte, auch jene bei den Konservativen, vor, die USA nicht zu provozieren und Wege zu suchen, um die diplomatischen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten, die seit 1979 abgebrochen sind, wieder aufzunehmen. Das Dilemma ist, dass ein solches Unterfangen ohne die Fortsetzung der Reformen nicht möglich wäre.

Radikale Konservative meinen hingegen, die USA würden einen militärischen An-

griff gegen Iran nicht riskieren. Zudem biete der Regimewechsel im Irak die Chance, den Einfluss Irans nicht nur dort, sondern in der gesamten Region zu stärken und aus dieser Position heraus jede Gefahr der Einflussnahme der USA zu bannen.

Die aus dieser Polarisierung der Positionen in der Außen- und Innenpolitik resultierende Orientierungslosigkeit und Handlungsunfähigkeit hat die längst bestehende Unsicherheit bei der Bevölkerung erheblich verstärkt, Dies geht sogar so weit, dass Teile der Bevölkerung eine „Hilfe“ von außen herbeiwünschen, ein Wunsch, der durch die massive Propaganda von außerhalb der Landesgrenzen und Gerüchte im Inland neue Nahrung erhält. Hier sind die Monarchisten, die sich hauptsächlich in den USA aufhalten und von dort finanzielle und politische Unterstützung erhalten, besonders aktiv. Auch andere Oppositionsgruppen im Ausland haben ihre Aktivitäten verstärkt. In den letzten Wochen sind mehrere politische Plattformen zur Bildung von Alternativen gegen die Islamische Republik veröffentlicht worden. Viele hoffen auf einen baldigen Regimewechsel. Wie realistisch diese Hoffnung ist, wird sich in den nächsten Wochen und Monaten zeigen.

Die Lage der iranischen Presse

Die Organisation Reporter ohne Grenzen veröffentlichte zum dritten Jahrestag der Verhaftung des bekannten Journalisten Akbar Gandji eine Erklärung, in der sie Iran als „das größte Gefängnis für Journalisten im Nahen und Mittleren Osten“ bezeichnete. Akbar Gandji, der nach seiner Teilnahme an der von der Heinrich-Böll-Stiftung im April 2000 in Berlin veranstalteten Iran-Konferenz in Teheran verhaftet wurde, ist vor allem durch seine sensationellen Berichte über die Hintergründe der „Kettenmorde“ bekannt geworden. In diesen Berichten verfolgte er die Spuren der Auftraggeber und Drahtzieher der Morde, die im Herbst 1998 an Regimekritikern verübt wurden. Dabei stieß er bis in die höchsten Ränge der Staatsführung vor. Gandji wurde zu zehn Jahren Gefängnis plus fünf Jahren Verbannung verurteilt. Vor etwa einem Jahr schrieb er aus dem Gefängnis heraus ein Manifest, das großes Aufsehen erregte. Darin vertritt er die Auffassung, dass nur ein säkularer Staat zur Demokratie führen kann. Während seines Prozesses zeigte er der anwesenden internationalen Presse Spuren von Folterungen an seinem Körper. Die vergangenen drei Jahre musste er vorwiegend in Einzelhaft verbringen. Wie seine Frau berichtet, hat er in den letzten siebzig Tagen keine Besuche empfangen und keinen Kontakt zu seiner Familie herstellen dürfen.

Das persischsprachige Programm der BBC nimmt den Jahrestag von Gandjis Verhaftung als Anlaß zu einer Betrachtung der Lage der iranischen Presse. Der April 2000, berichtet der Sender, erinnere nicht nur an Gandjis Verhaftung. Im selben Monat wurden an einem einzigen Tag dreizehn liberale Zeitungen verboten. Dieses einmalige Urteil der Justiz ist als „Pauschalurteil“ in die Geschichte der iranischen Rechtsprechung eingegangen.

Gandji, erinnert BBC, sei nicht der einzige Journalist, der zurzeit im Gefängnis sitzt. Auch der Geistliche Yussefi Eshkevari, der ebenfalls als Autor und Journalist tätig war und an der Berliner Iran-Konferenz teilgenommen hatte, befindet sich seit August 2000 in Haft. Sina Motallebi (s. folgenden Bericht), Alireza Djabbari, Ahmad Zaid Abadi, Abbas Abdi, Siamak Purzand gehören zu den bekanntesten Journalisten, die zum Teil bereits verurteilt wurden, zum Teil noch im Gefängnis auf ihr Urteil warten.

Der April 2000 ist der Beginn einer breit angelegten Kampagne gegen die freie Presse gewesen. In der Folgezeit wurden über neunzig Zeitungen und Zeitschriften verboten, zahlreiche Verleger, Chefredakteure, Reporter und Journalisten wurden Opfer der Kampagne. Hunderte Journalisten wurden arbeitslos.

Zwar brachte der Sieg der Reformbewegung mit der Wahl Chatamis im Jahre 1997 eine Öffnung für die Presse - doch nur für eine kurze Zeit. Es wurde offenbar, dass die Konservativen unter keinen Umständen bereit waren, die kritische Presse zu dulden. Die letzten Jahre waren die schwersten für die iranische Presse. Sanktionen gehören nach wie vor zur Tagesordnung.

Liberaler Journalist verhaftet

Der Journalist Sina Motallebi wurde, wie seine Frau Farnas Ghasisadeh mitteilte, nach mehrstündigen Verhören auf einer Polizeiwache in ein unbekanntes Gefängnis gebracht. Er sei in den letzten Monaten mit dem Vorwurf, ausländischen Medien Interviews gegeben zu haben, mehrfach von der Justiz vorgeladen worden. Zudem habe er auf seiner Webseite „rooznegar.com“ Berichte und Nachrichten veröffentlicht, die bei den Behörden Missfallen erzeugt hätten.

Bis vor kurzem hatte Motallebi als Journalist für die Tageszeitung „Hajat-e No“ gearbeitet. Doch die Zeitung wurde wegen der Veröffentlichung einer Karikatur aus einer amerikanischen Zeitung der 30er Jahre verboten. Die Karikatur zeigt einen Richter, der vom Daumen des Präsidenten zermalmt wird, während die Waagschale der Gerechtigkeit zerbrochen auf dem Boden liegt. Der Richter sieht dem verstorbenen Revolutionsführer Ayatollah Chomeini ähnlich.

Wächterrat insistiert weiterhin auf die Befugnis, Kandidaten bei Parlamentswahlen abzulehnen

Wie bereits berichtet (IR 4/03) lehnte der Wächterrat ein vom Parlament beschlossenes Gesetz ab, in dem dem Wächterrat die Kompetenz abgesprochen wurde, Kandidaten bei Parlamentswahlen auszusieben. Doch mit der Ablehnung ist der Fall längst nicht erledigt. Während die Reformer sich weiterhin bemühen, das Gesetz durchzusetzen, versucht der Wächterrat, die eigene Position als richtig und unabänderlich darzustellen. Und je näher der nächste Wahltermin rückt, desto schärfer werden die Auseinandersetzungen zwischen den beiden Fronten. Beiden geht es um das Ziel, für die nächste Wahlperiode die Mehrheit im Parlament zu erringen. Sollte das bisherige Verfahren aufrechterhalten werden, kann der Wächterrat durch die Ablehnung der meisten Kandidaten der Reformbewegung schon im Vorfeld der Wahl für den Sieg der Konservativen sorgen. Daher beharren beide Seiten auf ihren Positionen.

Ibrahim Yazdi, Sprecher des Wächterrates, erläuterte vor der Presse die Position des Rates. Gemäß der Verfassung, sagte er, sei der Wächterrat dazu befugt, die Wahlen zu kontrollieren. Diese Kontrollfunktion gelte auch für die Feststellung der Eignung von Kandidaten. Es sei nicht möglich, dass der Rat lediglich als Beobachter fungiert, ohne in das Geschehen eingreifen zu können. Demnach sei der Rat auch befugt, Kandidaten, die sich als Volksvertreter nicht eignen, abzulehnen, genauso wie er jedes vom Parlament beschlossene Gesetz, das mit der Verfassung bzw. den Grundsätzen des Islam nicht übereinstimmt, ablehnen kann. Auch die Auslegung der Verfassung zähle zu den Aufgaben des Wächterrats.

Die Reformer werfen dem Rat vor, sowohl bei den Gesetzen als auch bei der Anerkennung von Kandidaten parteiisch zu entscheiden, und zwar immer zugunsten der Konservativen. Yazdi wies diesen Vorwurf entschieden zurück. Alle Entscheidung des Rates seien nach seiner Auffassung objektiv und ohne Rücksichtnahme auf politische Richtungen und Fraktionen gefällt worden. Man könne die Entscheidung über die Eignung von Kandidaten nicht dem Volk überlassen, „denn die Leute wissen nicht, welcher Kandidat für einen Sitz im Parlament geeignet ist“, sagte Yazdi. Auf die Feststellung eines Journalisten, die Entscheidungen des Wächterrats seien für die Öffentlichkeit oft nicht nachvollziehbar, erwiderte Yazdi, die Öffentlichkeit zu überzeugen gehöre nicht zu den Aufgaben des Rates. Der Rat werde niemals einem Druck von außen nachgeben.

Yazdi äußerte sich auch zu der Frage, ob es nicht demokratischer wäre, die Mitglieder des Wächterrates zu wählen statt sie zu ernennen. Die Ernennung sei korrekt, sagte er. Sie erfolge durch den Revolutionsführer und dieser genieße das volle Vertrauen des Volkes. Auch aus diesem Grund sei der Wächterrat unersetzbar. Seine Kompetenzen ließen sich nicht auf andere Organe übertragen.

Trotz dieser unnachgiebigen Position des Wächterrats sind einige einflussreiche Politiker bemüht, zwischen den Fronten zu vermitteln und nach einem Kompromiss zu suchen. Parlamentspräsident Karrubi, dessen Vermittlungskünste sich oft bewährt haben, äußerte die Hoffnung, am Ende doch noch eine Zwi-

schenlösung finden zu können. Ideologisch gesehen gehört Karrubi zu den moderaten Konservativen, er genießt aber auch das Vertrauen eines Teils der Reformer. Gerade diese Position hat seine Wahl zum Parlamentspräsident ermöglicht. Seit seiner Amtsübernahme hat er oft, ohne mögliche Risiken zu scheuen, die Rechte des Parlaments gegen die Angriffe der Konservativen verteidigt. Kürzlich sagte er im Parlament: „Es wäre gut, wenn machttrunkene Politiker, die das Volk unterdrücken, aus dem Schicksal Saddam Husseins die richtige Lehre ziehen würden. Keine Macht der Welt kann auf Dauer dem Willen Gottes und dem Willen des Volkes Widerstand leisten. Kurzfristig können Machthaber den Weg des Volkes sperren und die Menschen unterdrücken, doch sie werden über kurz oder lang hinweggefegt."

Schauspielerin wegen eines Kusses zu Peitschenschlägen verurteilt

Die prominente iranische Schauspielerin Gohar Cheirandish wurde zu 74 Peitschenschlägen verurteilt, weil sie in der Öffentlichkeit die Stirn eines Regisseurs geküsst hatte. Die körperliche Berührung, die gegen den Moralkodex der Islamischen Republik verstieß, ereignete sich während eines Filmfestivals in der zentraliranischen Stadt Yazd. Die Film- und Theaterschauspielerin hatte bei der Preisverleihung einem jungen Regisseur zur Gratulation die Hand gegeben und seine Stirn geküsst. Der Regisseur bezeichnete die Gäste später als „mütterlich". Lokale Geistlich hingegen empfanden den Kuss als moralisch verwerflich und brachten die Schauspielerin vor Gericht. Das Urteil solle nur dann vollstreckt werden, wenn die Schauspielerin erneut auffalle, bestimmte das Gericht.

Stipendium für einen Richter, dessen Urteile gegen die Presse zu Berühmtheit gelangt sind

Richter Mortazawi ist in Iran landesweit bekannt. Diese Bekanntheit erlangte er dadurch, dass er mehrere Duzend Zeitungen verboten und Journalisten verurteilt hat. Er hatte nach Abschluss seines Jurastudiums rasch Karriere gemacht und sich in die vorderste Front der konservativen Justiz begeben. Nun will er nach Kanada reisen, um dort im Fach Jura zu promovieren. Nach Berichten einer studentischen Nachrichtenagentur wollen Studenten aus verschiedenen Universitäten Irans in einem Schreiben an die kanadische Regierung gegen die Aufnahme Mortazawis als Stipendiat protestieren. In dem Brief wird die Aufnahme des Richters als Beleidigung des iranischen Volkes bezeichnet.

Studenten protestieren gegen die Aktivitäten der „Ordnungskomitees"

Laut einem Bericht des persischsprachigen Programms der Deutschen Welle wurden zwei Aktivisten der Studentenbewegung in Teheran, Kurosh Sehhat und Amir Abbas Fachrawar zu sechs bzw. sieben Jahren Gefängnis verurteilt. Zunächst wurden beide in der Abteilung für Schwerverbrecher untergebracht, seit kurzem müssen sie ihre Zelle mit Wirtschaftskriminellen teilen. Die beiden wurden nach Angaben eines Parlamentsabgeordneten wegen ihrer kritischen Äußerungen und politischen Aktivitäten verurteilt.

Ähnliche Saktionen gegen aktive Studenten werden aus der Stadt Yazd gemeldet. In der Stadt Shahre Kord wurde ein Student durch das dortige „Ordnungskomitee" aus der Stadt verbannt. Die schlimmsten Nachrichten kommen aus der Stadt Mashad. Hier versuchen die „Ordnungskomitees" durch Sanktionen wie Exmatrikulation oder Eintrittsverbot in die Universität oder in die Studentenheime gegen politisch aktive Studenten vorzugehen.

In den letzten Wochen sind die „Ordnungskomitees" an allen Universitäten des Landes aktiver geworden. Sie sind angeblich Organe zur Selbstkontrolle der Studenten, in Wirklichkeit jedoch der verlängerte Arm der Justiz. Die Proteste der Studenten gegen diese Komitees werden immer lauter.

Die Reformfraktion im islamischen Parlament, die die Mehrheit bildet, arbeitet zurzeit einen Entwurf aus, der die politischen Aktivitäten der Studenten an den Universitäten regeln und legalisieren soll. Sicher ist, dass dieser Entwurf demnächst verabschiedet werden wird, doch ebenso sicher ist, dass das Gesetz nicht die Zustimmung des Wächterrats finden wird.

Protest gegen die Verhaftung des Journalisten Zaidabadi

Studenten der Teheraner Amir Kabir Universität haben in einer von der Studentenagentur ISNA veröffentlichten Erklärung gegen die abermalige Inhaftnahme des bekannten Journalisten Ahmad Zaidabadi und Repressionen gegen andere Journalisten protestiert. „Es ist bedauerlich, dass die Machthaber wie Rebhühner ihre Köpfe in den Schnee stecken und das Schicksal ihrer Nachbarn nicht wahrnehmen. Sie nehmen jede Willkür und jede Brutalität in Kauf, nur damit sie noch eine Weile an der Macht bleiben. Dabei sehen sie nicht, was dem Despoten im Nachbarland widerfahren ist“, heißt es in der Erklärung. Das Schicksal Saddam Husseins und der Baath-Partei sollte für jede Despotie eine Warnung sein. Eine Diktatur lasse sich eben nicht durch Gefängnis und Folter für ewig aufrechterhalten. „Wir wollen für jene Machthaber, die heute wie ein Gott über Menschen richten und deren Rechte missachten, beten, damit sie, bevor sie das Schicksal von Saddam Hussein und den Taliban teilen, sich ihrer Lage bewusst werden und den Verhaftungen, Folterungen und Hinrichtungen, die sie im Namen des Volkes durchführen, ein Ende setzen. Wir schlagen den Machthabern, die heute weder beim Volk erwünscht sind noch über eine stabile Macht verfügen, vor, sich endlich dem Willen des Volkes zu beugen. Sie sollten wissen, dass Despoten in unserer Welt keinen Platz mehr haben.“

Vorbeugemaßnahmen gegen die Lungenkrankheit SARS

Die rasche Verbreitung der Lungenkrankheit SARS in Ostasien und Kanada hat die iranische Regierung zu Vorbeugemaßnahmen veranlasst. Die Iran-Air stellte ihre Flüge in die betreffenden Staaten Ostasiens ein. Iranische Sportler haben ihre Teilnahme an den Wettkämpfen in China, Hongkong, Singapur, Kanada, Vietnam und Taiwan abgesagt.

Selbst das Parlament zeigte sich über die Krankheit besorgt und führte darüber eine Debatte. Fatemeh Chatami, Sprecherin der Gesundheitskommission, forderte die Abgeordneten auf, geplante Reisen in Länder, in denen Ansteckungsgefahr besteht, abzusagen.

Besorgnis erregte auch der Tod von zwei Lungenkranken in der südiranischen Stadt Schiraz, obwohl das Gesundheitsministerium bekannt gab, dass der Tod der Patienten mit der SARS-Krankheit nichts zu tun hatte.

Zu einer möglichen Gefahr der Verbreitung der Lungenkrankheit in Iran meinte der Verbandsleiter iranischer Fachärzte, Iradj Choramnia, angesichts der Länge iranischer Grenzen sei es leicht möglich, dass das Virus auch nach Iran eindringt. Zwar sei zum Glück bisher kein einziger Fall registriert worden, aber in Anbetracht der Vielzahl von Menschen, die täglich aus den betreffenden Regionen in Iran einreisen oder aus Iran in diese Regionen reisen, sei es leicht vorstellbar, dass die Krankheit auch nach Iran gelange. Die Überträger der Krankheit seien nicht immer selbst krank, oft könne man bei ihnen keinerlei Symptome der Krankheit feststellen.

Dr. Minu Mohraz, zuständig für Epidemien im Gesundheitsministerium, berichtete, dass ihr Ministerium Touristen empfohlen habe, Länder, in denen sich die SARS-Krankheit verbreitet hat, zu meiden. Trotzdem gäbe es immer wieder Touristen, die dieser Empfehlung nicht folgen. Touristen, bei denen Symptome der SARS-Krankheit festgestellt werden, würden sofort in die für solche Fälle spezialisierten Krankenhäuser geliefert. Dr. Mohraz erklärte, damit sei die Gefahr längst nicht gebannt. Sie befürchte, dass die Teilnahme an Pilgerfahrten, von denen man die Gläubigen nicht abhalten könne, zahlreiche Menschen infizieren werde.

Drogensucht – ein großes Problem

Nach einem Bericht der studentischen Nachrichtenagentur ISNA sind zurzeit rund drei Millionen Menschen in Iran drogenabhängig. Lediglich drei Prozent von ihnen lassen sich von der Abhängigkeit kurieren. Dr. Schahram Naderi, Sachverständiger Mitarbeiter des Gesundheitsamtes, berichtete in einem Gespräch mit IRNA, 2001 seien mehr als 40 tausend Drogenabhängige in 83 Gesundheitszentren aufgenommen worden, doch nur 45 Prozent hätten vollständig an der Entgiftungskur teilgenommen. Von den 40 tausend seien 96,2 Prozent Männer und 3,8 Prozent Frauen gewesen.

Die überwiegende Mehrheit der Drogenabhängigen, das heißt 88,1 Prozent lebten in den Großstädten, 11,9 Prozent hingegen in der Provinz.

Dr. Naderi erklärte, nach den Statistiken zu urteilen, erleiden rund 90 Prozent der behandelten Suchtkranken einen Rückfall. Dennoch dürfe die Behandlung nicht als vergeblich betrachtet werden. Es sei ein Fehler zu glauben, dass man die Drogenabhängigkeit bereits mit der ersten Behandlung für immer beseitigen könnte. Doch schon der Wille, die Sucht behandeln zu lassen und auch der erste Erfolg, selbst wenn er kurzfristig sein sollte, seien durchaus als positiv zu bewerten.

Zu den Faktoren, die die Drogenabhängigkeit fördern, gehört ohne Zweifel der leichte Zugang zu Drogen. Auf einem Seminar, das sich im Oktober vergangenen Jahres mit der Drogenproblematik beschäftigte, wurde berichtet, dass die Bewohner Teherans die Möglichkeit haben, innerhalb von zehn Minuten an Drogen zu kommen. Die Seminarteilnehmer stimmten darin überein, dass der eigentliche Grund für die Drogensucht in den weit verbreiteten Depressionskrankheiten zu suchen sei. Gemäß vorliegender Statistiken leiden 28 Prozent der Iraner unter Depression.

II. Wirtschaft

Auslandsinvestitionen auf der Insel Kish: „Blume des Ostens“

Das zuständige Amt für die freie Region der Insel Kish, die im Süden Irans im Persischen Golf liegt, gab bekannt, dass ein deutsch-französisches Konsortium beschlossen hat, zwei Milliarden Dollar zur Errichtung einer attraktiven Touristensiedlung auf der Insel Kish zu investieren. Die Siedlung, die den Namen „Blume des Ostens“ tragen soll, wird im Norden der Insel auf einer Fläche von 220 Hektar gebaut. Dazu gehören ein 28stöckiges, 114 Meter hohes Luxushotel, zwei Fünf-Sterne-Hotels, mehrere Einzelappartements, ein Golfplatz, 28 Restaurants, 50 Cafés und 140 Geschäfte und Sportclubs. Für die Siedlung sind auch große Grünflächen vorgesehen.

An dem Projekt, für das die Hermesgesellschaft die Bürgschaft übernommen hat, sind 400 inländische und ausländische Unternehmen beteiligt. Auch eine schweizerische Gesellschaft hatte im vergangenen Jahr für den Bau eines Büro- und Handelszentrums auf der Insel Kish ein Kapital von 150 Millionen Dollar investiert.

Vor einigen Jahren wurden für Auslandsinvestitionen auf der Insel Kish zahlreiche Erleichterungen beschlossen. Dazu gehören der freie Kauf und Verkauf von Waren, Aktivitäten ausländischer Gesellschaften ohne inländische Beteiligung, Sicherheiten für ausländisches Kapital und daraus erzeugte Profite, freier Transfer für Kapital und Profite, 15 Jahre Steuerfreiheit, freie Aktivitäten für Banken und Versicherungsgesellschaften und Zollfreiheit für die Einfuhr von Maschinen und Rohstoffen. Zudem können sich Ausländer ohne Visum in Kish aufhalten.

Die Insel Kish ist 90 Quadratkilometer groß. Sie gehört zu den begehrtesten Ferieninseln Irans. Zurzeit besitzt die Insel 50 große und kleinere Hotels mit insgesamt 7.700 Betten.

Russland über Irans Atomprogramm besorgt

Russlands Regierung scheint über das iranische Atomprogramm, vor allem über eine mögliche Anreicherung von Uranium besorgt zu sein. Der russische Energieminister erklärte, sollte der Bericht des Time-Magazins zutreffen, dass Iran die Absicht habe, in einer seiner Atomanlagen mit Hilfe von Zentrifugen Uranium anzureichern, müsse er die Lage als besorgniserregend bezeichnen. Er sagte, Iran müsse seine nuklearen Aktivitäten offen legen und der Internationalen Atombehörde den freien Zugang zu allen seiner Atomanlagen erlauben.

Russland sei das einzige Land, das Iran bei der Entwicklung seines Atomprogramms unterstützt, schreibt The Economist. Aber die Hilfsbereitschaft Russlands habe seit dem letzten Staatsbesuch Chatamis in Moskau im 2001 ziemlich nachgelassen. Dieser Umstand sei auf den Druck der USA auf Moskau zurückzuführen. Amerika sei es gelungen, dem vereinbarten Export von modernen Waffen von Russland nach Iran im Wert von zwei Milliarden US-Dollar Einhalt zu gebieten. Russland habe bislang versucht, die Bedeutung der Atompläne Irans herunter zu spielen und damit den Westen, vor allem die USA zu beruhigen, schreibt das Wochenblatt. Doch die Inspektoren der Internationalen Atombehörde, die in diesem Jahr iranische Atomanlagen besichtigt hätten, seien der Auffassung, dass Iran auf diesem Gebiet wesentlich weiterentwickelt sei als angenommen. Es sei schwer vorstellbar, dass Präsident Putin, der beim Irak-Konflikt mit den Vereinigten Staaten Auseinandersetzungen geführt habe, wegen Iran die Beziehung seines Landes zu den USA noch weiter belasten würde.

Nach einem Bericht der Washington Post ist das iranische Atomprogramm weit vorgeschritten. Inspektoren der Internationalen Atombehörde hätten bei ihrem Besuch in Iran in der Atomanlage der Stadt Natanz 140 Zentrifugen entdeckt, die zur Veredelung von Uranium Hexafluroid bereit stehen. Insgesamt verfüge Iran in den Anlagen von Natanz über 5000 Zentrifugen. Das Projekt werde 2005 abgeschlossen sein. Dann habe Iran die Möglichkeit, mehrere Atombomben im Jahr zu bauen, schreibt Washington Post. Die Zeitung berichtet, dass geheime Informationen über die Atompläne Irans durch die Organisation der Volksmodjahedin an die USA weiter geleitet worden seinen.

Iran hat indes erklärt, es sei unter Umständen bereit, das Zusatzprotokoll zum Atomsperrvertrag zu unterschreiben. Hamid Reza Assefi, Sprecher des Außenministeriums sagte, sein Land sei zu Verhandlungen bereit, doch zuvor möchte seine Regierung erfahren, welche Gegenleistung Iran für die Unterzeichnung erhalten werde. Seiner Auffassung nach müsse zumindest der von den USA verhängte Wirtschaftsboykott aufgehoben werden. Zu diesem Vorschlag haben sich die USA bislang nicht geäußert.

Privatisierungspläne für iranische Flughäfen

Nach einem Bericht des persischsprachigen Programms der BBC plant die iranische Regierung, neun inländische Flughäfen zu privatisieren. Die Konzession könne sowohl an inländische als auch an ausländische Gesellschaften vergeben werden. Zu den neun gehören der internationale Flughafen in Teheran, der noch im Aufbau befindliche Flughafen Imam Chomeini sowie die Flughäfen in Schiraz, Täbriz, Bandar Abbas, Maschad, Isfahan, Ahwaz und Zahedan.

Wie die Tageszeitung „Iran“ berichtet, sind die Details der Privatisierungspläne noch nicht bekannt. Fest stehe nur, dass Landung und Abflug, Kontrolle und Sicherheit, Zoll und Passkontrolle nach wie vor in staatlicher Hand bleiben werden. Das Amt für Flugtransport hatte bereits im vergangenen Jahr ausländische und inländische Gesellschaften zur Beteiligung an der Verwaltung von Flughäfen eingeladen.

Das Privatisierungsvorhaben der Regierung ist, wie BBC berichtet, auf allgemeine Zustimmung gestoßen. Ausländische und inländische Gesellschaften hätten bereits entsprechende Übernahmeanträge gestellt. Eine französische und eine österreichische Gesellschaft haben ihr Interesse an der Übernahme der Flughäfen in Teheran und Maschad gemeldet. Über die Details der Verhandlungen ist nichts bekannt.

Der Flughafen Imam Chomeini, dessen Bau noch nicht vollendet ist, soll bereits vor der Fertigstellung privatisiert werden. Schon vor 36 Jahren hatte man mit dem Bau dieses Flughafens begonnen. Der Flughafen hat eine Kapazität von 40 Millionen Passagieren und 700 tausend Tonnen Fracht im Jahr. Er befindet sich 35 Kilometer südwestlich von Teheran, an der Autobahn Teheran-Ghom-Saweh.

In den letzten Jahren wurde immer wieder die Inbetriebnahme des Flughafens angekündigt. Verkehrsminister Ahmad Chorram sagte kürzlich: „Bei keinem Projekt können wir das genaue Datum der Fertigstellung festlegen. Zurzeit sind wir imstande, ein Neuntel des Flughafens in Betrieb zu nehmen und rund fünf Millionen Passagiere zu befördern.“ Die lange Verzögerung führte der Minister auf den geringen Haushalt seines Ministeriums zurück. „Unsere finanziellen Möglichkeiten sind so gering, dass die Fertigstellung des Flughafens noch zwanzig Jahre dauern kann“, sagte der Minister.

Tatsächlich bilden die finanziellen Engpässe den Hauptgrund für die geplante Privatisierung. Die iranische Luftfahrt befindet sich in einem miserablen Zustand. Sieht man von wenigen Großstädten ab, werden die meisten Flughäfen des Landes kaum benutzt. Ihr Problem ist, dass sie zuwenig Passagiere und zu wenig Maschinen haben. Sachverständige meinen, dass mehr als 40 Flughäfen ohne Rücksicht auf Rentabilität und Finanzierungspläne gebaut worden seien.

Eine große Belastung für die iranische Luftfahrt bildet der von den USA über Iran verhängte Wirtschaftsboykott. So wird Iran daran gehindert, neue Maschinen zu kaufen und vorhandene Maschinen zu reparieren. Minister Chorram berichtete dem Parlament, dass die sich häufenden Abweichungen vom Flugplan zu siebzig Prozent auf technische Defekte der Maschinen zurück zu führen seien. Aufgrund fehlender Ersatzteile seien zurzeit mehrere Airbusse und Boing Maschinen nicht einsetzbar. Der Minister bedrängte das Parlament und die Regierung, sich für eine baldige Aufhebung der Wirtschaftssanktionen einzusetzen.

Aufhebung des Verkaufsverbots von Grundstücken an Ausländer

Das Ministerium für Wohnungs- und Städtebau legte einen Entwurf vor, der im Falle der Zustimmung des Wirtschaftsministeriums und des Parlaments zur Aufhebung des Verkaufsverbots von Grundstücken an Ausländer in Städten und Industriezentren führen wird. Der Entwurf sieht vor, höchstens zwei Prozent der städtischen Grundstücke und zehn Prozent der Industriegebiete an Ausländer zu verkaufen. Das Ministerium vertritt die Ansicht, dass die Limitierung des Verkaufs zur Vorbeugung von Problemen dienen wird, die später auftauchen könnten. Ziel des Gesetzentwurfs sei, ausländische Investitionen zu erleichtern.

Tatsächlich zählt Iran zu jenen Ländern, in denen der Grundstücksverkauf an Ausländern verboten ist. Ausländische Investoren haben bislang nicht die Möglichkeit, private oder gewerbliche Grundstücke zu erwerben. Der Erwerb kann nur stattfinden, wenn an dem Kauf iranische Staatsangehörige beteiligt sind. Bereits vor zwei Jahren wurde ein ähnlicher Entwurf wie der des Wohnungsbauministeriums vom Parlament abgelehnt.

Wirtschaftliche Folgen des Irak-Krieges für Iran

Regierungssprecher Abdollah Ramezanzadeh gab bekannt, dass die Regierung ein Sonderkomitee gegründet habe, um die durch den Irak-Krieg für Iran entstandenen Wirtschaftsschäden auszurechnen. In der an Irak grenzenden Provinz Chusistan sei der Tourismus praktisch zum Erliegen gekommen, sämtliche Bazare hätten große Absatzprobleme.

Zu Beginn des Krieges hatten die beiden größten Häfen im Süden Irans Abadan und Chorramshahr ihre Aktivitäten eingestellt, sie jedoch nach zwei Wochen wieder aufgenommen. Offiziell war der Handel zwischen Iran und Irak, der sich auf die grenznahen Gebiete beschränkte, ohnehin gering, viel wichtiger war der Warenschmuggel zwischen den beiden Ländern, der selbstverständlich mit dem Kriegsbeginn nahezu gänzlich eingestellt werden musste.

Bedeutender als der Handel ist die Frage, wann der Irak seine Ölproduktion aufnehmen kann und wie hoch die Förderung sein wird. Nach Meinung von Experten könnte eine längere Verzögerung der irakischen Ölproduktion den Ölpreis auf dem Weltmarkt in die Höhe treiben, was natürlich für Iran von Vorteil wäre. Im umgekehrten Fall würde billiges Öl den iranischen Haushalt schwer belasten.

Der iranische Wirtschafts- und Finanzminister Tahmaseb Mazaheri sagte, zwar habe die neutrale Position der Islamischen Republik mögliche, größere Schäden verhindert, dennoch habe auch Iran negative Folgen des Krieges hinnehmen müssen. Sein Ministerium werde günstige Waren auf den Markt werfen, um einerseits auf die große Nachfrage zu reagieren und andererseits dem Anstieg der Preise entgegen zu wirken. Der Minister erwähnte auch einen weiteren wirtschaftlichen Nachteil Irans: die Tarife für die Versicherung der Schiffe im Golf wurden durch den Krieg stark erhöht.

Weltbank gewährt Iran Kredit über 20 Millionen Dollar für Umweltprojekte

Die Weltbank wird Iran einen Kredit in Höhe von 20 Millionen Dollar für Projekte gegen Luft- und Wasserverschmutzung zur Verfügung stellen. Das berichtete Masud Mossajeni, Vertreter Irans bei der Weltbank, in einem Gespräch mit der Nachrichtenagentur IRNA. 7 Millionen Dollar sollen für die Entwicklung der Kontrollsysteme sowie für die Ausbildung im Fach Ökologie in Teheran, Chusestan, Chorasan und Isfahan verwendet werden. Der Rest soll für Projekte gegen Luft- und Wasserverschmutzung eingesetzt werden. Die Kosten für das gesamte Vorhaben, das in Zusammenarbeit mit dem Amt für Umwelt durchgeführt werden soll, betragen 23 Millionen Dollar, die restlichen 3 Millionen werden vom Umweltamt übernommen. Die Laufzeit des Kredits beträgt 17 Jahre. Die Kreditvergabe erfolgte trotz Widerstands der USA. Washington hatte bereits im Mai 2000 gegen einen Kredit in Höhe von 232 Millionen Dollar für Iran bei der Weltbank interveniert. Der Kredit sollte für die Reinigung von Abwässern verwendet werden.

Die USA sind mit 18,4 Prozent Anteil der größte Teilhaber der Weltbank. Dementsprechend ist ihr Einfluss. Bereits in den vergangenen Jahren hatte Washington versucht, eine Kreditvergabe an Iran zu verhindern. Nach dem 11. September verstärkte sich die ablehnende Haltung. Dennoch hat die Weltbank, wie Mossajeni berichtet, die Absicht bekundet, in den nächsten zwei Jahren Kredite in Höhe von insgesamt 755 Millionen Dollar an Iran zu vergeben.

Schon in den Vorjahren hat Iran trotz der ablehnenden Haltung der USA des öfteren von der Weltbank Kredite bekommen, zum Beispiel 40 Millionen Dollar für die Reinigung der Abwässer in der Hafenstadt Anzali, 3 Millionen für Kommunikationseinrichtungen für iranische Krankenhäuser, 31,5 Millionen zum Wiederaufbau der vom Erdbeben geschädigten Gebieten in Zandjan und 80 Millionen für einen Staudamm in Sawad Kuh.

Verkaufsverbot von Zigaretten an Teheraner Zeitungskiosken

Die Teheraner Stadtverwaltung hat den Verkauf von Zigaretten an Zeitungskiosken verboten. Das Verbot soll binnen einer Woche in Kraft treten. Gleichzeitig wurde bekannt gegeben, dass in diesem Jahr mehr als zwei Milliarden Stück ausländische Zigaretten in Iran verkauft wurden. Nach Schätzungen von Experten soll diese Zahl infolge von Investitionserleichterungen für ausländische Unternehmen auf zehn Milliarden ansteigen.

Die Stadtverwaltung begründete ihre Entscheidung mit dem Hinweis auf die Zunahme des Zigarettenkonsums unter Jugendlichen. Dieser Begründung widersprach der Verband der Zeitungsverkäufer. Jugendliche könnten nach wie vor in den Geschäften Zigaretten kaufen, sagte ein Verbandsprecher. In Teheran gibt es 954 Zeitungskioske, die bisher neben Zeitungen auch Zigaretten und Süßigkeiten verkaufen durften. Das Verbot, gegen das der Verein protestierte, werde viele Kioskbesitzer ruinieren. „Zeitungsverkäufer können nicht allein durch den Verkauf von Zeitungen überleben“, sagte der Sprecher.

In der Tat leuchtet die Begründung für das Verkaufsverbot an Kiosken – so dem steigende Zigarettenkonsum bei Jugend-

lichen entgegenwirken zu wollen – nicht ein. Zigaretten sind nicht nur in Geschäften/an Kiosken erhältlich, sondern auch bei Straßenverkäufern auf jeder belebten Straße. Politische Beobachter vermuten, dass die Maßnahme eher auf den Umstand zurückzuführen ist, dass ein Teil des Zigarettenverkaufs durch Schmugglerbanden organisiert ist. Das Kiosk-Verkaufsverbot könnte eine Folge der Konkurrenz zwischen verschiedenen Banden sein.

III. Außenpolitik

USA werfen Iran Einmischung in die Irak-Politik vor

Nach einem Bericht der New York Times sind schiitische „Spezialkräfte“ aus der Islamischen Republik Iran zur Unterstützung ihrer Glaubensbrüder in den Süden Iraks eingedrungen. Mitglieder der iranischen Revolutionsgarden sowie Mitglieder der in Iran ausgebildeten irakischen El-Badr-Brigade hätten die Pilgerfahrt der Massen nach Kerbela als Tarnung benutzt, sich unter das Volk gemischt und die Menschen agitiert, um antiamerikanische Parolen zu rufen und die Gründung eines islamischen Staates zu verlangen. Die New York Times beruft sich auf US-Geheimdienstberichte. Den Agitatoren gehe es nicht darum, Demokratie zu verbreiten, sagte ein Regierungsbeamter der Zeitung. Sie suchen geistliche Verbündete, um das Modell eines islamischen Staates zu propagieren.

Die El-Badr-Brigade ist der militärische Arm des im Iran seit 1980 ansässigen „Obersten Rats für die islamische Revolution im Irak“. Der Rat hatte sich geweigert, an dem von den USA einberufenen Treffen der irakischen Opposition teilzunehmen. Irak müsse selbst über seine Regierung entscheiden, sagte ein Sprecher des Rates der New York Times.

Die amerikanische Regierung reagierte auf die Berichte mit harten Worten. Regierungssprecher Ari Fleischer warnte Iran vor einer Einmischung in die Angelegenheiten des Nachbarlands Irak. „Wir haben Iran klar gemacht, dass wir gegen jede Einmischung in den irakischen Weg zur Demokratie sind“, sagte er. Sollten Agenten sich unter die schiitische Bevölkerung Iraks mischen, würde das eindeutig in diese Kategorie fallen.“ Der mit dem Wiederaufbau Iraks beauftragte Ex-General Jay Garner äußerte die Vermutung, hinter den antiamerikanischen Protesten der Schiiten in Kerbela verberge sich ein starker iranischer Einfluss. Er warf Teheran vor, „Unruhe im Irak zu schüren.“ Präsident Bush fand dieses Mal versöhnlichere Worte. Er sagte, er hoffe, dass Teheran bereit sei, mit den Alliierten zu kooperieren und sich aus den Angelegenheiten Iraks herauszuhalten. Iran müsse zulassen, dass I-

rak sich zu einer stabilen und friedlichen Gesellschaft entwickelt. Dies habe Washington Teheran deutlich zu verstehen gegeben. Auf die Frage, ob eine mangelnde Kooperationsbereitschaft Teherans militärische Konsequenzen haben könnte, sagte der Präsident: „Nein. Wir erwarten nur, dass sie mit uns zusammenarbeiten." Dennoch hat laut Zeitungsberichten die US-Armee mit Patrouillen an der Grenze zu Iran begonnen. Damit sollen feindliche Eindringlinge abgefangen und die territoriale Integrität Iraks geschützt werden, erklärte das US-Zentralkommando in Katar. Jeder, der aus Iran in den Irak einreisen wolle, solle befragt und durchsucht werden. Die Soldaten hätten die Anweisung, mutmaßliche Eindringlinge festzunehmen.

Teheran wies die Vorwürfe Washingtons entschieden zurück und warnte die US-Truppen, die iranisch-irakische Grenze zu überschreiten. Die Grenze sei eine „rote Linie", die nicht übertreten werden dürfe, sagte der iranische Außenminister Kamal Charrasi bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit seinem französischen Amtskollegen Dominique de Villepin in Teheran. „Wir werden unsere Grenze verteidigen", betonte er. Zu dem Vorwurf der Einmischung sagte er, es sei absurd, dass die USA Iran Einmischung in die Angelegenheiten eines Landes vorwerfen, „in das sie soeben einmarschiert sind." Iran schleuse keine Agenten in das Nachbarland ein, erklärte er. Er betonte jedoch, dass nun, nachdem der Krieg vorbei sei, alle Iraker das Recht hätten, selbst über die Neuordnung ihres Landes zu bestimmen. Iran habe sich während des Krieges neutral verhalten und werde diese Position auch in Zukunft fortsetzen. „Wir begrüßen wirkliche Demokratie und eine Regierung, die vom Volk unseres Nachbarlandes gestellt wird. Wir werden keine spezielle Gruppe unterstützen."

Auch Präsident Chatami betonte die Neutralität seines Landes und äußerte zugleich Zweifel daran, dass Irak-Verwalter General Garner Erfolg haben könnte und eine von den USA eingesetzte Interimsverwaltung den notwendigen Rückhalt in der irakischen Bevölkerung haben würde.

Der kleine Deal im Schatten des großen Krieges

Ungeachtet der verbalen Attacken der USA gegen Iran hat es laut Presseberichten bereits im Vorfeld des Krieges zwischen Washington und Teheran gewisse geheime Vereinbarungen und Zusicherungen gegeben. Zwar verurteilte Iran den Krieg, sicherte jedoch den Alliierten zu, sich neutral zu verhalten und gefährdeten Piloten bei möglichen Notlandungen Schutz und Zuflucht zu gewähren. Ferner wollte Iran seinen Einfluss sowohl bei den irakischen Schiiten als auch bei den im irakischen Kurdistan angesiedelten islamischen Gruppen geltend machen, um möglichen Konflikten innerhalb dieser Gruppen vorzubeugen. Die USA stimmten sogar einer geringen, indirekten militärischen Einmischung Irans im Norden Iraks zu. Zwei Wochen vor Kriegsausbruch marschierten einige Tausend Milizen der Badr Brigade aus Iran in den Norden Iraks ein. Kurz vor dem Ausbruch der Kampfhandlungen schloss Iran seine Grenzen zum Irak und erklärte später sogar, es würde führende Mitglieder des Regimes in Bagdad, die nach Iran flüchten würden, festnehmen und sie vor Gericht stellen.

Im Gegenzug sicherten die USA und Großbritannien Iran zu, die Souveränität der Islamischen Republik zu achten und die Kampfhandlungen unter keinen Umständen über die Grenzen Irans auszuweiten. Diese Zusicherung scheint so verlässlich gewesen zu sein, dass Iran aus den amerikanischen Raketen, die in den ersten Kriegstagen im Süden des Landes einschlugen, kein Aufhebens machte und das Bedauern Washingtons über diese fehlgeleiteten Raketen akzeptierte.

Doch es muss ein weiteres Zugeständnis seitens der Alliierten Iran gegenüber gegeben haben: die Zerschlagung der Organisation der Volksmodjahedin. Diese Organisation, die als einzige Oppositionsgruppe bewaffnet gegen das Regime in Teheran kämpft, hatte sich bereits Mitte der achtziger Jahre im Irak niedergelassen. Hier erhielt sie vom irakischen Regime Waffen, Rüstung und großzügige finanzielle Unterstützung. Sie bildete eine kleine Armee, die gelegentlich Angriffe in den Grenzgebieten gegen Iran durchführte. Auch einige Terroranschläge in Teheran und anderen Städten Irans gehen auf

ihre Rechnung. Kurdische Organisationen im Irak behaupten, die Volksmodjahedin hätten auch bei der Niederschlagung der Kurden durch die irakische Armee aktiv mitgewirkt.

Nach Angaben der Volksmodjahedin wurden ihre Stützpunkte in den Tagen zwischen dem 12. und 16. April mehrfach bombardiert. Dabei seien dreißig Mitglieder getötet und rund fünfzig verletzt worden. Sie behaupteten, die Angriffe seien von Iran aus erfolgt. Doch wenige Tage später gab Washington bekannt, dass die USA die Bombardierung angeordnet hätten. Wie das persischsprachige Programm von Radio Freies Europa berichtete, bestätigte der Oberkommandierende der US-Streitkräfte General Richard Meyers bei einer Pressekonferenz die Bombardierung. Auf die Frage, ob der Angriff zur Besserung der Beziehungen zwischen Iran und USA führen würde, sagte der General: „Fragen Sie lieber Colin Powell.“ Ein Sprecher der britischen Botschaft in Teheran bezeichnete die Militäraktion als selbstverständlich. Bei den Volksmodjahedin handele es sich nicht nur um eine terroristische Organisation, sagte er. „Wir betrachten sie als einen Teil der irakischen Armee, gegen die wir Krieg führen.“

Auch Teheran hat offiziell zu den Angriffen Stellung genommen. Regierungssprecher Abdollah Ramezanzadeh sagte, die Führer der Volksmodjahedin hätten sich aus dem Staub gemacht und ihre einfachen Mitglieder schutzlos den Angriffen ausgesetzt. Die Organisation habe bei den Bombardierungen durch amerikanische Streitkräfte hohe Verluste hinnehmen müssen. Iran sei bereit, alle Mitglieder der Organisation zu empfangen. Seine Regierung habe diesbezüglich zu allen Beteiligten Kontakt aufgenommen. Der Regierungssprecher bezeichnete die Volksmodjahedin als eine terroristische Organisation. Nach internationalen Abmachungen dürfe kein Land sie aufnehmen. Ihre Führer müssten sich vor iranischen Gerichten verantworten. Der Leiter der Kommission für Menschenrechte der Islamischen Republik, Ziai Far, nahm die offiziell erklärte Bereitschaft Irans, einfachen Mitgliedern der Volksmodjahedin die Rückkehr in die Heimat zu erlauben, zum Anlaß, um den Revolutionsführer für diese Personengruppe um Gnade und Haftverschonung zu bitten.

Doch die ganze Angelegenheit nahm mit den antiamerikanischen Demonstrationen der Schiiten in Kerbela und der Vermutung der USA, die Unruhen seien von Iran aus gestiftet worden, eine Wende. Washington änderte seine Strategie gegenüber der Volksmodjahedin. Vincent Brooks, Sprecher des US-Zentralkommandos in Katar, gab bekannt, mit den Führern der Volksmodjahedin verhandelt und einen Waffenstillstand abgeschlossen zu haben. Derzeit seien Bemühungen im Gange, eine Vereinbarung auszuarbeiten, die zu einer Kapitulation führe. Über den künftigen Status der Organisation werde diskutiert. Auf die Frage, ob die Mitglieder der Volksmodjahedin weiterhin ihre Waffen behalten dürften, gab Brooks keine Antwort. Das Waffenstillstandsabkommen ist höchst bemerkenswert, wenn man in Betracht zieht, dass die Organisation der Volksmodjahedin sowohl von den USA als auch von der Europäischen Union als terroristisch eingestuft worden ist.

Teheran hatte von Washington die Auslieferung der Führer der Volksmodjahedin verlangt. Nach Bekanntwerden des Waffenstillstandsabkommens protestierte der iranische Außenminister Charrazi gegen das Vorgehen der USA. Der Waffenstillstand mit einer terroristischen Organisation bedeute eine eindeutige Verletzung des internationalen Rechts. Gleichzeitig verrate er die wahren Absichten der USA, sagte der Minister. Politische Beobachter vermuten, dass die USA die Volksmodjahedin als Faustpfand gegen Teheran benutzen wollen.

Indes wurde von der westirakischen Grenze berichtet, dass mehr als tausend Flüchtlinge auf eine Einreiseerlaubnis nach Jordanien warten. Peter Kessler, ein Sprecher des UN-Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen UNHCR, teilte in der jordanischen Hauptstadt Amman mit, täglich vermehre sich die Zahl. Bei den meisten Flüchtlingen handele es sich um Iraner. Nach Presseberichten besteht ein großer Teil der Flüchtlinge aus den Mitgliedern der Volksmodjahedin.

Kurdenführer Talebani antwortet auf den offenen Brief ehemaliger Mitglieder der Volksmodjahedin

Der Vorsitzende der Patriotischen Union, einer der beiden größten Kurdenorganisationen des Irak, Djalal Talebani, hat auf einen offenen Brief einiger ehemaliger Mitglieder der Volksmodjahedin reagiert. In dem Schreiben, das auch an den Generalsekretär der UNO, Kofi Annan und US-Präsident Bush gerichtet ist, äußern die Unterzeichner die Bitte, einfache Mitglieder der Volksmodjahedin, die von der Führung der Organisation im Stich gelassen worden seien, zu schonen.

In seinem Antwortschreiben bezeichnet Talebani die Führung der Volksmodjahedin als eine zerstörerische Gruppe, die als Handlanger des gestürzten irakischen Regimes und der Baath-Partei gegen das irakische Volk gewirkt habe. Die Organisation habe 1991 an der Niederschlagung des Aufstands der Kurden aktiv teilgenommen, dennoch habe seine Organisation nicht die Absicht, gegen die Mitglieder der Volksmodjahedin und ihre Familien, die im Irak geblieben seien, vorzugehen und sich für die Verbrechen zu rächen. Er betrachte diese Mitglieder als junge, unschuldige Menschen, die auf Abwege geraten seien. Er wolle mit ihnen und ihren Familien Gespräche führen, um friedliche Lösungen zu finden. Er habe ihnen zwei Lösungen vorgeschlagen. Sie sollten sich entweder für Iran oder für die USA entscheiden. Er sei bereit, für jene, die in ihre Heimat zurückkehren wollten, bei der iranischen Staatsführung um Gnade zu bitten und dafür zu sorgen, dass sie ohne Furcht nach Iran einreisen können. Für diejenigen, die nicht in die Heimat zurückkehren und sich lieber in der Region oder in Europa aufhalten möchten, werde er sich bei der amerikanischen Militärführung einsetzen. Talebani betonte, dass die Mitglieder seiner Organisation niemals ihre Gewehre auf die einfachen Mitglieder der Volksmodjahedin richten werden, im Gegenteil, er werde diese Menschen wie eigene Landleute behandeln.

Die Volksmodjahedin seien Schuldner und keine Gläubiger, schreibt Talebani. Sie sollten statt Hass zu schüren und sich selbst zu betrügen die Realitäten sehen und der Vernunft gehorchen.

Kontroverse Diskussionen über Beziehungen zu den USA

Der Irak-Krieg und die Attacken aus Washington haben die Diskussion über Irans Beziehungen zu den USA erneut entflammt. Vor allem die Furcht vor einem militärischen Angriff der USA hat Konservative wie Reformer dazu bewogen, über dieses Thema, das schon seit geraumer Zeit die Gemüter im Land beherrscht, nachzudenken. Bemerkenswert dabei ist, dass es in beiden Lagern unterschiedliche Positionen gibt und dass einige profilierte Politiker Meinungen äußern, die ihrem bisherigen Standpunkt völlig widersprechen. Am erstaunlichsten sind Äußerungen von Ex-Staatspräsident Hashemi Rafsandjani, der als mächtigster Mann des Gottesstaates angesehen und vom Volk als „Graue Eminenz“ bezeichnet wird.

In einem Interview mit der Zeitschrift Rahbord, die vom Forschungsinstitut für strategische Fragen publiziert wird, sagte Rafsandjani zur Frage, wie die Probleme zwischen Iran und USA gelöst werden könnten: „Es gibt zwei Möglichkeiten, entweder müssen wir darüber eine Volksbefragung durchführen, um festzustellen, wie das Volk darüber denkt. Eine solche Entscheidung müsste selbstverständlich zunächst vom Parlament beschlossen und vom Revolutionsführer genehmigt werden. Oder man überlässt uns die Entscheidung (gemeint ist der „Schlichtungsrat“, dem Rafsandjani vorsitzt und dessen Aufgabe darin besteht, bei möglichen Konflikten zwischen dem Wächterrat und dem Parlament zu vermitteln d. A.). Dann würden wir alle Aspekte prüfen und unserem Vorschlag dem Revolutionsführer vorlegen.“

Der Vorschlag Rafsandjanis, ein Referendum durchzuführen, kam völlig unerwartet. Denn der Ex-Präsident weiß sehr wohl, dass sich die überwiegende Mehrheit des Volkes für die Wiederaufnahme der Beziehungen zu den USA aussprechen würde, ein Votum, das im Widerspruch zu den feindlichen Stellungnahmen der Rechten gegen die USA steht. Man weiß zwar, dass Rafsandjani ein Pragmatiker ist, dennoch war es erstaunlich, dass er es gewagt hatte, sich soweit vom Lager der Konservativen zu entfernen.

Wie nicht anders zu erwarten war, riefen die Äußerungen Ranfsandjanis bei

den Konservativen heftige Reaktionen hervor. Hossein Shariatmadari, einer der einflussreichsten Vordenker der Konservativen und Chefredakteur der Tageszeitung Keyhan, schrieb, die Forderung der Wiederaufnahme der Beziehungen zu den USA bilde eine „rote Linie“, die nicht überschritten werden dürfte. Eine solche Forderung sei beschämend. Es sei höchst bedauerlich, dass eine „Persönlichkeit wie Hashemi Rafsandjani“ diese „rote Linie“ überschritten und die Beziehung zu den USA so darstellt hat, als handele es sich um eine Nebensächlichkeit, über die man unbedenklich entscheiden könne. „Es wäre interessant zu erfahren, wie die Vertreter einer solchen Meinung angesichts dessen, was zurzeit im Irak geschieht, ihre Position rechtfertigen wollen. Saddam Hussein war ein Lakai der USA. Sein Schicksal sollte für jeden, der Beziehungen zu Amerika herstellen will, eine Warnung sein“, schrieb Schariatmadari.

Die Diskussion beschäftigte auch das Parlament. Mohsen Mirdamadi, Vorsitzender des Ausschusses für Außenpolitik und nationale Sicherheit und einer der Vordenker der Reformbewegung sagte in einem Interview mit dem Internetdienst „Rooydad“, die Lage des Landes sei so gefährlich und brisant wie noch nie in der Geschichte der Islamischen Republik. Jede Entscheidung könne weitreichende Folgen haben. Man müsse den Realitäten ins Auge sehen und entsprechend entscheiden. Jede Emotion, jede blinde Hingabe an Idealen könne für das Land schlimme Folgen haben. Viele hätten den Krieg gegen den Irak für unmöglich gehalten und seien nun eines besseren belehrt worden. „Wir stehen jetzt den USA gegenüber, einem Land, das trunken von Macht gerade gegen ein kleines Land einen leichten und schnellen Sieg mit geringen Verlusten und Kosten errungen hat“, sagte Mirdamadi. Es sei zu erwarten, dass diese Macht sich in der gesamten Region austoben wird. Iran müsse sich überlegen, wie es dieser Macht begegnet. Es gäbe zwei Möglichkeiten, entweder müsse man hart reagieren, das gesamte Guthaben des Landes in die Rüstung stecken, um sich militärisch verteidigen zu können, oder „wir müssen uns auf das Volk stützen“. „Wenn 98 Prozent des Volkes hinter uns steht, werden wir unbesiegbar sein und wenn nur 12 Prozent der Wähler uns ihre Stimme geben, sind wir verloren.“ (Bei den kürzlich stattgefundenen Kommunalwahlen lag die Wahlbeteiligung in Teheran bei 12 Prozent)

Mirdamadi, der zu Beginn der Gründung der Islamischen Republik an der Besetzung der amerikanischen Botschaft aktiv teilgenommen hatte, meinte, man müsse auch unangenehme Entscheidungen treffen, wie zum Beispiel die Entscheidung Chomeinis, einem Waffenstillstandsabkommen nach einem achtjährigen Krieg mit dem Irak zuzustimmen. Man müsse auch bereit sein, frühere Standpunkte aufzugeben, wenn die Interessen des Landes eine Kursänderung verlangen.

Diese Position wurde wiederum von den Rechten stark angegriffen. Die Tageszeitung „Djomhuri-e Eslami“, die als Sprachrohr des Revolutionsführers Chamenei gilt, forderte die Absetzung Mirdamadis. Er sei nicht würdig, das Volk zu vertreten, schrieb die Zeitung. Denn seine Position sei eindeutig den Interessen des Landes entgegengesetzt.

Indes sprach sich Präsident Chatami gegen eine Volksbefragung aus. Ohne Rafsandjani mit Namen zu nennen, sagte er bei einer Pressekonferenz: „Eine Volksbefragung über die außenpolitische Beziehungen Irans wäre völlig sinnlos.“ Diese ablehnende Stellungnahme zu einem Referendum kann jedoch nicht als Ablehnung einer wie auch immer gearteten Beziehung zu den Vereinigten Staaten verstanden werden. Im Gegenteil. Der Staatspräsident erläuterte seine Position. Die Wiederaufnahme der Beziehungen zu den USA sei eine Frage, über die die zuständigen Instanzen entscheiden müssten, sagte er. „Wir wollen keine Konflikte. Die USA haben sich Iran gegenüber nicht korrekt verhalten, aber es kann durchaus sein, dass sich die Zeiten ändern und wir einen besseren Weg zueinander finden.“ Chatami ging bei derselben Pressekonferenz noch einmal auf den Irak-Krieg ein, bezeichnete die militärische Intervention als widerrechtlich und die neuen Attacken gegen Syrien und Iran als unbegründet und widersinnig. Er sagte, im Falle eines Angriffs gegen Syrien werde Iran Syrien verteidigen, fügte jedoch sogleich hinzu, dass diese Verteidigung und Unterstützung nicht militärisch gemeint sei. Er kritisierte die mögliche Absicht der USA, bis auf weiteres die Regierung I-

raks in die eigene Hand zu nehmen. Iran werde keine andere Regierung als eine irakische in seinem Nachbarstaat akzeptieren, sagte der Staatspräsident.

Französischer Außenminister in Teheran

Der französische Außenminister Dominique de Villepin hielt sich am 23. und 24. April in Teheran auf. Dabei führte er mit seinem Amtskollegen Kamal Charrasi, mit dem Staatspräsidenten Chatami und Ex-Staatspräsidenten Rafsandjani Gespräche, die sowohl Teheran als auch Paris als wichtig und nützlich bezeichneten. Im Vorfeld des Besuchs sagte Außenminister Charrasi, der Besuch diene der Festigung der bilateralen Beziehungen zwischen Iran und Frankreich und dem Meinungsaustausch über die Probleme der Region und internationalen Fragen. Doch angesichts der Ereignisse im Nachbarland Irak gewann der Besuch eine größere Bedeutung. Frankreich und Iran hatte zum Irak-Krieg eine ähnliche Position. Beide Staaten lehnten die militärische Intervention ab. Iran sprach jedoch von einer „aktiven Neutralität". Demgegenüber präsentierte sich Frankreich als entschiedener Kriegsgegner. Diese Position, die zu einem tiefen Konflikt zwischen Paris und Washington führte, drohte nach dem schnellen Sieg der Alliierten über Irak und dem raschen Sturz des Saddam-Regimes Frankreich in die Isolation zu treiben. Schon aus diesem Grund sah sich Paris zu weitreichenden diplomatischen Aktivitäten veranlasst.

Zuvor hatte de Villepin die Türkei und Jordanien besucht. Eine Woche davor hatte er in Ägypten, Syrien und Libanon Gespräche geführt. Offiziell gab Paris bekannt, der Außenminister habe die Absicht, die Meinungen der Nachbarländer über die Zukunft Iraks und der Region einzuholen. Außenamtssprecherin Cecile Pozzo di Borgo erklärte, die Türkei, Jordanien und Iran hätten durch ihr Verhalten während des Krieges eine Verschlimmerung der Lage verhindert. Der Außenminister wolle bei seinem Besuch das Festhalten „an den Grundsätzen des internationalen Rechts und der kollektiven Verantwortung" bekräftigen und dem Wusch seines Landes nach einem „pragmatischen Ansatz für die Probleme vor Ort" zum Ausdruck bringen.

Politisch gewinnt die Reise des französischen Außenministers nach Iran an Brisanz, wenn man bedenkt, dass sie zur selben Zeit stattfand, in der die USA Iran scharf attackieren. Angesichts dessen kann der Besuch des französischen Chefdiplomaten als eine Warnung an die USA verstanden werden, etwaige Pläne für einen Angriff gegen Syrien oder Iran zu überdenken.

Frankreich und Iran haben während de Villepins Aufenthalt in Teheran eine zentrale Rolle für die Vereinten Nationen bei der politischen Neuordnung Iraks gefordert. Die UN sollten nicht nur humanitäre Aufgaben übernehmen, sondern auch demokratische Wahlen einer irakischen Regierung vorbereiten, sagte der iranische Außenminister. Der französische Außenminister forderte die USA und Großbritannien auf, die mögliche Existenz von irakischen Massenvernichtungswaffen zu klären. An den Iran richtete er die Forderung, verschärften Rüstungskontrollen zuzustimmen und das Zusatzprotokoll zum Atomsperrvertrag zu unterzeichnen.